



O C C A S I O N A L P A P E R S E R I E S

ISSUE No. 10, October 2002

CATRIN PEKARI

**INTERNET UND DEMOKRATIE –
EINE EINFÜHRUNG**

European Training- and Research Centre for Human Rights and Democracy

Schubertstrasse 29
8010 Graz
Austria
Tel +43 316 322 888 1
Fax +43 316 322 888 4
e-mail: office@etc-graz.at
web: <http://www.etc-graz.at>

1. Einleitung

Die gesellschaftliche Etablierung des Internet als Medium der Information, der Kommunikation und nicht zuletzt auch der Partizipation übt entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung kontemporärer politischer Prozessen aus. Egal ob für Wahlkämpfe, für die Organisation von Interessensverbänden, für die Vorbereitung von Demonstrationen, für den Meinungsaustausch in Newsgroups und Chatforen, oder ob nur zum Abruf von Tageszeitungen und anderen Informationsträgern – aus zahlreichen für eine demokratische Staatsorganisation bedeutsamen Bereichen ist das Netz bereits nicht mehr wegzudenken. Dementsprechend muss sich die Unterrichtspraxis für das Fach „Politische Bildung“ auf dieses neue Phänomen einstellen und das für eine sinnvolle Nutzung des Netzes notwendige Wissen zumindest in Grundzügen vermitteln, um dadurch die zukünftige Ausschöpfung des internetspezifischen demokratischen Potentials zu gewährleisten.

Wesentlichstes Element dieses Wissens ist eine möglichst fundierte Kenntnis dessen, was das neue Medium tatsächlich bewirken kann, wie und wo es bereits sinnvoll eingesetzt wird, inwieweit hier eine Erweiterung denkbar, und – vielleicht noch wichtiger – inwieweit diese überhaupt wünschenswert ist. Schließlich bietet das Internet bei weitem nicht nur Vorteile, sondern auch einige ganz bemerkenswerte Risiken, was im ersten *Hype*¹ gern übersehen wurde. Positive Aspekte jedenfalls sind die Vielfalt, Effizienz und quasi schrankenlose Kapazität, die prinzipielle Gleichberechtigung, die Möglichkeiten der many-to-many Kommunikation, die zur Stärkung des politischen Dialoges und zur besseren Organisation von Interessen – auch über Grenzen hinweg - führen, umgekehrt auch die mögliche größere Bürgernähe durch Online-Angebote von Verwaltungsservices, was positive Zeit- und Kosteneffekte hat. Darüber hinaus können demokratische Prozesse transparenter dargestellt werden, und nicht zuletzt erhofft man sich eine Erhöhung der Wahlbeteiligung. Die

¹ Vgl dazu etwa Maresch, Rudolf/Rötzer, Florian (Hrsg.): *Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet*, München 2001.

vielzitierte Vorstellung von der *E-gora*² als moderner Variante der griechischen Agora, auf der jeder mündiger Bürger sich am politischen Geschehen beteiligen und dieses auch unmittelbar beeinflussen konnte, ist jedoch viel weniger wahrscheinlich als diverse Ausgrenzungsszenarien: Erstens haben all diejenigen, die weder über einen Computer noch über einen Internetanschluss verfügen, von vornherein keinerlei neue Partizipationsmöglichkeiten, und da der Zugang für alle selbst in Europa noch in weiter Ferne scheint, mögen Befürchtungen betreffend die Entstehung einer digitalen Klassengesellschaft nicht gänzlich von der Hand zu weisen sein.³ Zweitens erfordert eine wirksame *E-participation* wesentlich mehr als nur die technische Ausrüstung, denn Computeranwender – und Sprachkenntnisse sind unerlässlich, bei einem nicht unbedingt kleinen Teil der Bevölkerung kann aber diesbezüglich ein mitunter durchaus ausgeprägter Computeranalphabetismus diagnostiziert werden.⁴ Drittens schließlich wird die vielgerühmte *many-to-many* Kommunikation, also die Möglichkeit, vom politischen Geschehen nicht nur passiv zu erfahren, sondern sich aktiv an Diskussionen darüber zu beteiligen, immer mehr an den Rand gedrängt und durch herkömmliche Arten der Informationsvermittlung ersetzt. Manipulationen und Fehlinformation sind ein großes Risiko, darüber hinaus lassen sich viele Menschen vom Internet eher unterhalten als informieren, man spricht mitunter bereits von der Isolation des einzelnen in der realen Welt, und auch die Überwachung ist als Gegenstück zur Netzanarchie durchaus diskussionswürdig.⁵

All diese Risiken machen klar, dass sich für die politische Bildung hier ein großes neues Aufgabenfeld auftut, da nur mit einer gewissen Vorbildung Risiken vermieden und Vorteile genutzt werden können. Schlagworte dazu sind demokratierelevantes, exemplarisches, Problem-, Handlungs- und Zukunftsorientiertes, subjekt-, konflikt- und wissenschaftsorientiertes sowie vierperspektivisches Lernen.⁶ Im folgenden wird auf die drei Hauptfunktionen des Netzes in der und für die politische Bildung eingegangen, nämlich Informations-, Partizipations- und Servicefunktion.

² Vgl. Gellner, Winand: Das Internet: Digitale agora oder Marktplatz der Eitelkeiten, in Forum Medienethik: E-Demokratie = Ende der Demokratie?, München 2001, 12-19.

³ Vgl. Filzmaier, Peter: Digitale Klassengesellschaft in den USA, EU-ropa und Österreich, in SWS Rundschau 4 (39) Wien 2000.

⁴ Vgl. zur Problematik etwa Döbert, Marion: Kein Brot und keine Spiele. Computeranalphabetismus als gesellschaftliches Problem, unter <http://www.alphabetisierung.de/Doebert-Computeranalphabetismus.pdf>.

⁵ Vor allem die USA haben seit dem 11. September in Rahmen des *War against Terrorism* mit verschiedenen Internet-Überwachungsinitiativen immer wieder von sich reden gemacht; vgl. z.B. *Der Standard*: Taucher und Bibliothekare im Visier des FBI, Online-Meldung vom 11. 12. 2002.

⁶ Vgl. zu diesen Definitionen Harth, Thilo: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung, Schwalbach 2000, 39-59.

2. Informationsfunktion

Das, womit das Internet wohl am meisten überhaupt identifiziert wird, ist Information. Unglaubliche Mengen an Information sogar. Soviel, dass man mittlerweile vom Information-Overload spricht. Haben sie je versucht, den Namen „George Bush“ in eine Suchmaschine einzugeben? Bei Google erhalten sie genau 724.000, bei Yahoo immerhin noch 637.000 Treffer. Selbst wenn sie es mit einem österreichischen Politiker versuchen, etwa Thomas Klestil, Wolfgang Schüssel oder Jörg Haider ist die Trefferquote mit respektive 11.000, 15.000 und 50.000 Ergebnissen außerordentlich beachtlich. Was tun mit dieser Menge an Information? Und vor allen Dingen: wie herausfinden, was davon relevant sein könnte - und was nicht?

Neben diversen eher technischen Antworten – etwa der Eingrenzung der Suche mittels weiterer Schlagworte oder dem Einsatz von Metasuchmaschinen⁷ – ist die wohl wichtigste Voraussetzung die Kenntnis und gezielte Nutzung vorhandener Angebote mit politischem oder demokratiepolitischrelevantem Inhalt. Relevant sind dafür vor allem sechs Kategorien von Homepages: Erstens stellen mittlerweile sämtliche österreichische Parteien selbst Webpages über ihre Tätigkeiten, Parteiprogramme, Kandidaten (wobei einige davon wiederum eigene Sites haben) bereit, zweitens sind die Bundesregierung und alle Bundesministerien ebenso wie die Vertretungen auf Landes- und größtenteils sogar auf Gemeindeebene im Netz präsent, drittens unterhält das Parlament eine Homepage, auf der neben allgemeinen Informationen auch Dokumente zu sämtlichen Gesetzgebungsprozessen im Original abgerufen werden können, viertens sind alle wichtigen inter- und supranationalen Organisationen im Netz vertreten, fünftens haben sich kommerzielle Informationsangebote, allen voran sämtliche bekannten Tageszeitungen, schon längst online etabliert, und sechstens trifft man eine verhältnismäßig große und ständig wachsende Zahl nicht-kommerzieller Angebote, die von politisch orientierten Newsgroups über Bürgerinitiativen bis hin zu NGOs eine große Bandbreite umfassen, im Netz an. Für eine Bewertung der Nützlichkeit der jeweiligen Angebote in der Praxis müssen mehrere Evaluierungskriterien beachtet werden. Eine Schlüsselrolle dabei spielt der Gehalt an objektiver Information, der einer Seite

⁷Vgl für eine Einführung zur effektiven Nutzung von verschiedenen Suchdiensten im Netz *Bekavac, Bernard*: Tutorial zur Suche im WWW/Internet, unter http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/suche/tutorial/such_tutorial_anfaenger.html.

entnommen werden kann, negativ ins Gewicht fallen vor allem versteckte Werbebotschaften und Manipulationsversuche. Einige Bedeutung wird dem angebotenen Grad an Interaktivität in Form von Kontakt- und Meinungsäußerungsmöglichkeiten von E-Mail bis Chat beigemessen, und nicht zuletzt sollten auch die graphische Gestaltung und gute Navigierbarkeit in das Gesamturteil miteinbezogen werden. Zu diesen Hauptkriterien kommen mitunter weitere Merkmale hinzu, wie im Folgenden exemplarisch verdeutlicht wird.

a.) Parteien

Politische Parteien als Vertreter verschiedener ideologischer Grundströmungen stellen im demokratischen System ein wichtiges Instrument der Aggregation und Konzentration von Einzelinteressen dar. Fraglich ist, inwieweit sie diese Funktion von der Arbeit mit herkömmlichen Medien auf das neue Medium Internet übertragen können, oder, anders formuliert, was ihre Webpräsenz dem interessierten Bürger bringt.⁸

Die Sites aller Parteien⁹ weisen relativ ähnliche Gliederungsmerkmale auf: Positionen der Partei, ihre wichtigsten Kandidaten, Service, Mitgliederwerbung, Unterhaltung (z.B. e-cards, teilweise sogar e-shops) und gewisse Möglichkeiten der Meinungsäußerung. Der Vorteil ist primär der, dass tatsächliche Positionen und Meinungen unverfälscht und unkommentiert wiedergegeben werden und man somit hier am deutlichsten erkennen kann, was man eigentlich wählen würde. Der große Nachteil liegt ebenso klar auf der Hand: Ganz offensichtlich sehen die Parteien das Netz primär als Werbemedium, in dem es sich zu präsentieren gilt. Obwohl also der Inhalt – vor allem bestimmte Teilgebiete, wie etwa das Parteiprogramm, im Parlament eingebrachte Anträge und Anfragen oder Biographien der Spitzenkandidaten ein hohes Maß an objektiver Information beinhalten, wird die Art ihrer Darstellung mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Beeinflussung des Besuchers abzielen – und das mittlerweile mindestens genauso professionell wie jeder TV-Spot und jede Plakatwand. In

⁸ Vgl für eine Untersuchung der Webauftritte von Parteien in Deutschland etwa *Trinkl, Annemarie*: Parteilenauftritte im Internet- mehr als ein Symbol politischer Modernität, in *Forum Medienethik (Hrsg)*: E-Demokratie = Ende der Demokratie? München 2001, 47-54.

⁹ SPÖ: <http://www.spoe.at/>
ÖVP: <http://www.oevp.at/>
FPÖ: <http://www.fpoe.at/>
Grüne: <http://www.grüne.at/>
LIF: <http://www.lif.at/>
KPÖ: <http://www.kpoe.at/>

einer Welt, wo das Image und die vielzitierte Medienpräsenz von Politikern ein nicht unerhebliches Schauspielertalent verlangen,¹⁰ ist auch der richtige Webauftritt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Während des Wahlkampfes für die Nationalratswahlen im letzten November konnte man das hierzulande recht eindrucksvoll miterleben, denn auch vor Österreich hat das in den USA schon seit Mitte der 90iger zelebrierte E-Campaigning¹¹ nicht haltgemacht. Dementsprechend besteht auf allen Sites die Möglichkeit, Parteimitglied zu werden, wirklich aktive Mitgliederwerbung wird jedoch nicht betrieben, und noch seltener sind die in den USA üblichen Spendenaufrufe.

Weiters interessiert die Frage, inwieweit die Parteien die erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten des Internet in Form von Chatforen oder E-Mail nutzen, denn immerhin könnte dem Einzelnen sich hier die Möglichkeit bieten, aktiver als je zuvor an politischen Willensbildungsprozessen mitzuwirken; diese Hoffnung wird allerdings nicht erfüllt. Chatforen, wo man in Echtzeit mit anderen diskutieren kann, gibt es so gut wie nicht, Chats mit Spitzenpolitikern werden eher von Medien online angeboten, auch das aber eher selten und unter strenger Moderation, bei der unerwünschte Fragen und Kommentare wenig Chance haben. Diskussionsforen, bei denen im Unterschied zu Chatforen lediglich Beiträge hinterlassen werden können, auf die eine Replik nur zeitversetzt möglich ist, werden teilweise angeboten, bei weitem aber nicht von allen Parteien. Mit einer relativ raschen Antwort kann man hingegen bei E-Mails an die Parteizentrale rechnen, ob mögliche Anregungen oder Kritikpunkte aber in irgendeiner Form der Parteiführung zur Kenntnis gebracht (und von dieser auch zur Kenntnis genommen) werden, bleibt aber fraglich.

Wer also sehr gezielt nach Informationen über eine bestimmte Partei sucht, wird auf der jeweiligen Homepage mit einiger Sicherheit fündig werden; wer hingegen eher zufällig beim Surfen dorthin gerät, wird ohne die nötige Vorbildung einige Mühe haben, das Nützliche von reiner Werbung zu unterscheiden. Bemängenswert sind die nur sehr eingeschränkt vorhandenen Möglichkeiten aktiver Partizipation, die den Eindruck erwecken, dass die Parteien ihrer Rolle als Diskussionsplattformen zur Gestaltung politischer Willensbildungsprozesse im Internet bislang nicht gerecht werden können.

¹⁰ Vgl Kamps, Klaus: Wir kaspern uns zur Wahl durch, oder: Was macht die Politik im Container? in *Forum Medienethik* (Hrsg): E-Demokratie = Ende der Demokratie? München 2001, 76-79.

¹¹ Vgl Clemens, Detlev: Wahlkampf im Internet, in Gellner, Winand/Von Korff, Fritz: Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998, S. 143-156

b.) Regierung und Ministerien

Ein weniger an ideologischen Gesichtspunkten, sondern mehr an Tätigkeitsfeldern orientiertes Informationsangebot bieten die Homepages der einzelnen Bundesministerien sowie die Übersichtsseite der Regierung.¹² Wer sich über die Tätigkeit der Regierung sozusagen aus erster Hand informieren möchte, ist mit diesen durchwegs ausgesprochen professionell und benutzerfreundliche gestalteten Sites für gewöhnlich gut beraten; positiv wirkt sich vor allem das in Relation zu den Parteien wesentlich abgeschwächte Eigeninteresse aus.

Die effektive und effiziente Nutzung der Sites erfordert dafür allerdings meist ein hohes Maß an politischer Vorbildung; nicht nur, das einem die Tätigkeitsfelder der einzelnen Ministerien geläufig sein müssen, um zu wissen, was man wo zu suchen hat, auch eine gewisse Kenntnis der überhaupt zugänglichen Art von Dokumenten, Studien und Berichte ist Grundvoraussetzung. Ein gutes Beispiel dafür ist das vom Bundeskanzleramt angebotene Rechtsinformationssystem (kurz RIS)¹³ über das der gesamte aktuelle österreichische Rechtsbestand samt Judikatur der Höchstgerichte kostenlos zugänglich ist – ein geld- und zeitsparendes Informationsangebot, das selbst von Juristen aufgrund mangelnder Kenntnis alles andere als ausreichend genutzt wird.

Bezüglich der Beteiligungsmöglichkeiten schneiden die Ministerien allerdings noch weniger gut ab als die Parteien: Auskünfte werden zwar per E-Mail erteilt (eigenen Erfahrungen zufolge aber nicht immer in der gewünschten Ausführlich- und Verständlichkeit), Chatforen gibt es aber für gewöhnlich gar nicht - was sich aber zumindest teilweise damit rechtfertigen lässt, dass die Ministerien an der Schnittstelle von reiner Informations- und Servicefunktion arbeiten.

¹² Übersicht: www.austria.gv.at

Bundeskanzleramt: www.bka.gv.at

Bundesministerium für Öffentliche Leistung und Sport: www.bmols.gv.at

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten: www.bmaa.gv.at

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: www.bmwa.gv.at

Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen: www.bmsg.gv.at

Bundesministerium für Finanzen: www.bmf.gv.at

Bundesministerium für Inneres: www.bmi.gv.at

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: www.bmv.gv.at

Bundesministerium für Justiz: www.bmj.gv.at

Bundesministerium für Landesverteidigung: www.bmlv.gv.at

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: www.lebensministerium.at

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: www.bmbwk.gv.at

¹³ Unter www.ris.bka.gv.at.

Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass diese Homepages den großen Vorteil haben, nahezu ohne Eigenwerbung auszukommen und jedenfalls insofern so gut wie uneingeschränkt vertrauenswürdig sind, als die gefunden Information wesentlich weniger stark ideologisch gefärbt sind, dafür aber umgekehrt vom Benutzer ein relativ großes Vorwissen erfordern. Wer zufällig auf eine solche Site kommt, wird dort aufgrund des nichtvorhandenen begleitenden Unterhaltungsangebots normalerweise nicht länger verweilen, zufälliges politisches Interesse kann somit nicht geweckt werden. Negativ ist anzumerken, dass das im Internet eigentlich wichtige Prinzip der many-to-many Kommunikation - etwa in Form von Diskussionsforen - so gut wie völlig gemieden wird und auch die one-to-one Kommunikation, also der Austausch via E-Mail, zumindest in einigen Ministerien entschieden verbesserungswürdig scheint.

c.) Parlament

Für die Homepage des Parlaments¹⁴ gilt ähnliches wie das zuvor über die Ministerien gesagte: Wer hier gezielt sucht, wird schnell fündig und erhält so gut wie alle für den Gesetzgebungsprozess relevanten Dokumente – vor allem sind die stenographischen Protokolle des Nationalrates, die zum besseren Verständnis und zur Interpretation von Gesetzestexten oft unerlässlich sind, online wesentlich besser zugänglich als früher ausschließlich in der österreichischen Nationalbibliothek. Hinzu kommt, dass reichlich Information über die Funktionsweise des Parlaments an sich angeboten wird, über die Verteilung der Mandate, einzelne Ausschüsse usw., was auch für in der Materie nicht Bewanderte eine große Orientierungshilfe darstellt.

Was in den USA bereits seit längerer Zeit gang und gäbe ist, nämlich eigene Homepages, auf denen sich die Abgeordneten vorstellen und ihre Ideen erläutern, hat sich mittlerweile auch in Österreich durchsetzen können. Die Parlamentsseite listet sämtliche Abgeordnete (sowohl zu National- als auch zu Bundesrat) alphabetisch, nach Fraktionen und nach Bundesländern geordnet auf, jeder Abgeordnete hat eine eigene Site mit Kurzbiographie, Emailadresse und – wohl am wichtigsten – allen Debattenbeiträgen und Ausschussmitgliedschaften. Das ermöglicht es jedem interessierten Bürger, sehr genau nachzuvollziehen, was einzelne Abgeordnete de facto tun; Österreich ist hier recht weit vorn, in Deutschland ist das System

¹⁴ Unter www.parlinkom.at

diesbezüglich bei weitem nicht so ausgereift.¹⁵ Hierin liegt eine der wohl vielversprechendste Möglichkeit eines unmittelbaren Gedankenaustausches zwischen den gewählten Repräsentanten und ihren Wählern; zwar darf bezweifelt werden, ob eine derartige Verbesserung der Kommunikation gleich einen großen Schritt von der repräsentativem hin zur direkten Demokratie bedeutet, wie das mitunter behauptet wurde, doch ist es bestimmt kein Fehler, wenn die Abgeordneten ihr Wahlverhalten aufgrund verstärkter Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten kritischer hinterfragen müssten. Die Förderung demokratischer Transparenz durch das Internet ist demnach keineswegs reine Fiktion. Die Kommunikation mit dem Parlament als Gesamteinstitution ist für den einzelnen naturgemäß ohnehin eher zu Informationszwecken gedacht, es wird aber jedenfalls ein recht guter Bürgersservice (auch telefonisch) angeboten.

Das Informationsangebot ist für jeden, der die nötige Vorbildung hat, um zu wissen, wonach er sucht, mehr als zufriedenstellend, und ist darüber hinaus auch dazu geeignet, gewisse Grundkenntnisse zu vermitteln. Ausgesprochen positiv ist vor allem die direkte Erreichbarkeit der Abgeordneten und die weitreichenden Information über ihre Tätigkeiten. Nicht ganz soviel Bürgernähe bietet der Steiermärkische Landtag,¹⁶ der sich mit einer reinen Auflistung der Abgeordneten begnügt; immerhin können aber seit April letzten Jahres sämtliche Sitzungen online live mitverfolgt werden.

d.) Inter- und supranationale Organisationen

An erster Stelle des Interesses steht hier wohl die EU, die unter <http://europa.eu.int> im Netz zu finden ist. Die Homepage ist etwas kompliziert gestaltet – vor allem die Suchfunktion ist nicht besonders benutzerfreundlich – bietet dafür aber sämtliche Dokumente in allen offiziellen EU-Sprachen an. Das Internet wird gerade zur Stärkung der wirklich europäischen Demokratie, die noch eher in den Kinderschuhen steckt, als wichtiges Trägermedium angesehen,¹⁷ hier bleiben aber zukünftige Entwicklung abzuwarten. Wichtig ist in jedem Fall die Überwindung von Grenzen, die durch das Internet gegeben ist, sowie ein gewisses Maß an

¹⁵ Vgl. *Bilgeri, Alexander/Lamatsch, Dorothea*: Offliner 2001 – Abgeordnete meiden die Datenautobahn, in *Forum Medienethik (Hrsg)*: E-Demokratie = Ende der Demokratie? München 2001, 55-59.

¹⁶ Unter www.stmk.gv.at/land/ltpk/.

¹⁷ Vgl. *Clemens, Detlev*: Online zum EU-Bürger? Das Internet als Mittel der Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Kommission, in *Meier-Walser, Reinhard C./Harth, Thilo (Hrsg)*: Politikwelt Internet: Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München 2001, 223-248.

Bürgernähe, wobei jedoch das vielzitierte Demokratiedefizit in der institutionellen Struktur der EU durch das Netz allein keinesfalls überwunden werden kann.

Eine zweite Site, die man als politisch interessierte Mensch kennen sollte, ist die Homepage der Vereinten Nationen.¹⁸ Auch hier ist die Suchfunktion zwar nicht überwältigend, doch können sämtliche Dokumente abgerufen werden, weiters werden Organigramme und Links zu allen Unterorganisationen geboten. Erwähnenswert sind weiters jedenfalls noch Europarat (mit EGMR), OECD, WTO, Weltbank und IWF.¹⁹

e.) Kommerzielle Informationsangebote (Medien etc.)

Die kommerziellen Informationsangebote im Internet umfassen all jene Bereiche, in denen marktwirtschaftliche orientierte Unternehmen ihre Dienste im Internet anbieten. Damit ist keineswegs gesagt, dass das gesamte Angebot für den Benutzer kostenpflichtig sein muss, da eine Finanzierung für gewöhnlich großteils über Werbeeinschaltungen und Entgelte für spezialisierte Dienste erfolgt. Bestes Beispiel für diese Art von Online-Informationsanbietern sind die herkömmlichen Printmedien, die mittlerweile so gut wie ausnahmslos im Netz vertreten sind.²⁰

Die Entfaltungsmöglichkeiten im Medium Internet sind beachtlich: Wo eine herkömmliche Tageszeitungen oder ein herkömmliches Magazin durch Platzbeschränkungen stark eingeschränkt ist, kann die gleiche Ausgabe im Internet enorm viel mehr an Information bieten. Mittels Hyperlinks²¹ kann auf vertiefendes Material – von Dokumenten über Artikel

¹⁸ Unter www.un.org.

¹⁹ Europarat: www.coe.int

OECD: www.oecd.org

WTO: www.wto.org

Weltbank: www.worldbank.org

IWF: www.imf.org

²⁰ Der Standard: <http://derstandard.at>

Die Presse: <http://www.diepresse.at>

Kurier: <http://www.kurier.at>

Kronenzeitung: <http://www.krone.at/>

Wiener Zeitung: <http://www.wienerzeitung.at/>

Kleine Zeitung: <http://www.kleine.co.at>

Salzburger Nachrichten: <http://www.salzburg.com/>

Oberösterreichische Nachrichten: <http://www.nachrichten.at/>

²¹ Die tatsächliche Integration von Hyperlinks in den Text als tatsächliche Bestandteile ist mittlerweile bereits zu einer eigenständigen und neuen Ausdrucksform des Netzes geworden, dem *Blogging*. „Während die etablierte Medienwelt noch von der *Content-Krise* redet und nach *Business-Modellen* für das Internet sucht, ist ganz unbemerkt die erste echte Medienkultur des Netzes entstanden: Das **Web-Logbücher-Schreiben**, kurz **„Bloggen“** (oder auch *„Blogging“*) genannt. Statt - wie de facto jedes mediale Netzprojekt der letzten sieben

bis hin zu Büchern - verwiesen werden, was soweit gehen kann, dass der Journalist die gesamten von ihm verwendeten Informationsquellen offen legt. Für den User bedeutet das ein beachtliches Plus, da er die gleichen Texte, die ihm sonst zur Verfügung stehen, bei Interesse im Prinzip beliebig vertiefen kann. Darüber hinaus erlauben multimediale Konzepte eine völlig neue Aufbereitung; so können etwa Reden in voller Länge angeboten werden, ohne sich mit den sonst üblichen extrem kurzen Ausschnitten oder Zitaten begnügen zu müssen, und Bild- und Videomaterial in ebenso ungekürzter Länge bieten zusätzliche Variationsmöglichkeiten, was Informationen für einen nicht unwesentlichen Teil potentieller User wesentlich interessanter machen kann.

Sieht man sich die Homepages einiger großer österreichischer Zeitungen an, so werden zwar bislang nicht alle diese Erwartungen erfüllt, man findet für gewöhnlich aber zumindest die gesamte Printausgabe in inhaltlich unveränderter Form samt einigen Zusatzangeboten, wie etwa Chatforen, individualisierten Ausgaben und diversen Unterhaltungsangeboten. Wichtig ist vor allem die Möglichkeit, jeden Artikel zu kommentieren und auf Kommentare anderer zu antworten – damit wird jeder Artikel zu einem kleinen aktuellen Diskussionsforum. Welche Möglichkeiten zur Partizipation bieten sich in diesem Bereich? Im Unterschied zu den bisher behandelten Informationsträgern wirken die Medien zwar nicht unmittelbar politikgestaltend, ihr ausgesprochen großer Einfluss auf Meinungsbildungsprozesse kann aber wohl außer Frage gestellt werden. Da überall die Möglichkeit besteht, sich nicht nur in Chaforen auszutauschen, sondern darüber hinaus auch direkt zu jedem Artikel seine Meinung zu posten, kann ein relativ intensiver Gedankenaustausch stattfinden; sieht man sich die sehr unterschiedlichen Bemerkungen genauer an, so kann wohl die Behauptung aufgestellt werden, dass diese Option zur Meinungsäußerung von einem größeren Teil der Leserschaft in Anspruch genommen wird als der herkömmliche Leserbrief. Darin gleich eine unmittelbare Stärkung der Demokratie zu sehen, wäre zwar etwas übereilt, doch kann insgesamt von einer positiven Wirkung auf die Diskussionsbereitschaft ausgegangen werden. Obwohl durch die im Internet gewährte völlige Anonymität nicht alles, was zu lesen ist, als besonders erfreulich bezeichnet werden kann, wird zumindest erkennbar, dass sehr viele bereit sind, sich über tagespolitische

Jahre - Content-Inseln zu schaffen, die über "Related Links" mit anderen Inseln verknüpft werden (und irgendwie die hypermediale Welt der Zukunft sein sollen), produzieren BloggerInnen tatsächlich hypertextuelle Medien: In einem "Blog" sind Links nicht mehr bloß Links, sondern integrativer Bestandteil des Textes. Ja, sie sind Text, Textmaterial, um das sich einmal ein Kommentar rankt, dann wieder eine Erzählung, dann lediglich ein kurzes Statement. Was damit entsteht, ist noch Medium (im Sinne eines Medienprodukts, das einen Rand hat und irgendwo aufhört), aber schon auch Netz (das keinen Rand und keine Begrenzung aufweist) - und damit etwas, das erahnen läßt, wie Online-Medien eigentlich aussehen müßten.“, vgl. http://www.tzw.biz/www/home/article.php?p_id=2034

Themen eigene Gedanken zu machen und diese auch zu äußern; es steht zu hoffen, dass manche durch Reaktionen anderer Leser oder der Redaktion zu weiterem Nachdenken angeregt werden.

Nicht unerwähnt bleiben darf aber, dass der Online-Journalismus trotz dieser auf den ersten Blick durchaus positiven Bilanz nicht nur Vorteile hat: Zum Ersten liegt das daran, dass durch die Erweiterung des Informationsangebotes eine wesentliche Funktion der Medien, nämlich die der Aufbereitung und Filterung von Informationen, leicht ins Hintertreffen gerät. Der Information-Overload, der schon ganz zu Beginn als eines der vordringlichsten Probleme des Netzes angesprochen wurde, macht sich auch hier bemerkbar, da dem einzelnen zwar immer mehr, nicht aber unbedingt bessere Nachrichten angeboten werden, was eine neue Form der Aufnahme- und Verarbeitungskompetenz erfordert. Während es früher eher wichtig war, ideologische, vielleicht auch manipulative Elemente von der eigentlichen Information zu trennen, liegt das Problem mittlerweile oftmals eher darin, zu erkennen, was überhaupt noch wesentliche Information ist.

Dieses erste Phänomen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der zweiten großen Schwäche des Online-Journalismus: Durch das Wegfallen nicht nur der räumlichen, sondern auch der zeitlichen Beschränkungen – es muss keinen Redaktionsschluss im herkömmlichen Sinn mehr geben, alles kann im Prinzip jederzeit und sofort publiziert werden – baut sich für Journalisten ein immer größerer Zeitdruck auf. Es bleibt oft nicht die Zeit für gründliche Recherchen, da selbst ein Gerücht möglichst schnell veröffentlicht werden muss, bevor es jemand anderer tut. Nicht umsonst waren einige der interessantesten Skandale der jüngeren Zeit, so beispielsweise die Clinton-Lewinsky-Affäre, im Internet lange vor ihrem Auftauchen in anderen Medien im Umlauf. Damit relativiert sich aber die Verlässlichkeit der Online-Nachrichten, obgleich sich dieses Problem in Österreich aufgrund der fast völligen Identität von Druck- und Onlineausgaben noch nicht in dieser Form stellt.²²

f.) Private Initiativen

Mit dieser letzten Gruppe nähern wir uns den ursprünglichen Hoffnungsträgern der E-Demokratie, jenen Ansätzen, die überhaupt erst zu den Diskussionen über die E-gora geführt haben, am weitesten an. Sie umfasst eine große Anzahl ganz unterschiedlicher Akteure, von

²² Vgl. Wilke, Jürgen: Internet und Journalismus, in Gellner, Winand/Von Korff, Fritz (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998, 179-192.

einzelnen Newsgroups über spezifische (Bürger-)Initiativen bis hin zu Homepages politisch orientierter NGOs. In seinen Anfängen, also noch lange vor der Entwicklung des World Wide Web,²³ war das Internet eine Plattform für den wissenschaftlichen Gedankenaustausch zwischen einzelnen Universitäten.²⁴ Die Newsgroups sind, wenn auch in mittlerweile weiterentwickelter Form, ein Überbleibsel aus dieser Zeit: Sie funktionieren im Prinzip ähnlich wie E-Mailanwendungen, jedoch mit dem Unterschied, dass die Nachricht nicht an einen oder mehrere bestimmte Empfänger gerichtet ist, sondern auf dem Server der Newsgroup gepostet wird und dort von jedem Interessierten gelesen und auch beantwortet werden kann, was wiederum in Form einer offenen Mitteilung geschieht. Selbstverständlich stellen die in einem solchen Forum enthaltenen Beiträge nicht mehr als Meinungen dar, und ihr Wahrheitsgehalt ist mitunter alles andere als gesichert. Anders ausgedrückt, es gibt Versuche, die recht eindrucksvoll belegen, dass man sich in Newsgroups mitunter gern den Kopf über Gerüchte zerbricht, ohne sich auch nur die Mühe zu machen, herauszufinden, inwieweit das Diskutierte überhaupt im Ansatz belegbar macht. Da sie neben Information auch einiges an direkt demokratischem Potential bieten – der Uni-Streik in Deutschland in den 90igern wurde beispielsweise zu einem nicht geringen Teil auf diesem Weg vorbereitet²⁵ – will der Umgang mit ihnen durchaus gelernt sein. Newsgroups stehen damit eigentlich irgendwo zwischen Informationsfunktion und Partizipationsfunktion des Internets. Darüber hinaus stellen sie nach wie vor das konsequenteste Gegenstück zu allen – mittlerweile ausgesprochen häufigen – Kommerzialisierungstendenzen des Netzes dar. Für Diskussionsforen gilt grundsätzlich das gleiche, deren Hauptunterschied zu Newsgroups darin besteht, dass sie direkt über das Netz (und nicht über einen eigenen Newsserver) abrufbar und insofern noch einfacher zugänglich sind; auch hier ist aber nötig, die erhältlichen Informationen möglichst genau zu überprüfen.²⁶

Ausgesprochen relevant für die Informationsvermittlung im und über das Netz sind weiters die zahlreichen Netzinitiativen bzw. Internetplattformen. Beispiele für solche ehrenamtlich betriebenen Sites sind etwa www.politik-digital.de,²⁷ im Zusammenhang damit auch

²³ Vgl zur Entwicklung des World Wide Web *Barners-Lee, Tim: Weaving the Web*, San Francisco 1999.

²⁴ Vgl zur Geschichte des Internet von seinen Anfängen als ARPAnet bis heute *Hafner, Katie/Lyon, Matthew: ARPA Kadabra oder die Geschichte des Internet*, Heidelberg 1999.

²⁵ Vgl *Bieber, Christoph/Hebecker, Heike: Internet und soziale Bewegungen. Der Studentenstreik als Fallbeispiel*, in *Gellner, Winand/Von Korff, Fritz (Hrsg): Demokratie und Internet*, Baden-Baden 1998, 171-178.

²⁶ Ein solches Diskussionsforum zu politischen Themen gibt es in Österreich z.B. unter <http://www.denkforum.at/>.

²⁷ Selbstdefinition von pol-di.net: „*pol-di.net ist ein Verein 'für eine demokratische und digitale Entwicklung der europäischen Informationsgesellschaft' mit Hauptsitz in Berlin, der einen aktiven Beitrag zur europäischen Informations- und Wissensgesellschaft leisten will. Im Mittelpunkt steht dabei die Verbesserung der*

www.europa-digital.de., www.dol2day.de,²⁸ www.bundesrepublik.org²⁹ oder www.vote-smart.org³⁰; in Österreich lassen derartige Sites derzeit aber anscheinend noch auf sich warten, zur Erklärung der Bedeutung dieser Form der Informationsvermittlung müssen daher vorerst diese Beispiel aus Deutschland bzw. den USA genügen. Was alle diese Seiten gemeinsam haben, ist ihr Ziel, dem interessierten Benutzer möglichst objektive und zielgerichtete Informationen zum politischen System sowie aktuellen Ereignissen einerseits und Möglichkeiten zur Partizipation andererseits zu bieten; sie eignen sich dadurch sehr gut für den Einsatz im Unterricht und können helfen, die zur effizienten Nutzung anderer Informationsangebote nötige Medienkompetenz aufzubauen. Eine in dem Zusammenhang hervorhebenswerte Seite aus Österreich, die sich gezielt an Lehrer wendet (und insofern andere Ziele verfolgt als die zuvor erwähnten Sites) ist www.politischebildung.at; hier können Lehr- und Lernunterlagen heruntergeladen bzw. großteils kostenlos bestellt werden.

Abschließend darf noch ein weiteres, ausgesprochen umfangreiches Informationsangebot nicht unerwähnt bleiben: Zahlreiche NGOs bieten auf ihren Homepages demokratiepolitisch relevante Inhalte an, die sich allerdings auf bestimmte Themenbereiche beschränken und uns einmal mehr zum Problem des Information-Overload zurückführen: Wie genau das finden, was man gerade wirklich brauchen könnte? Obwohl sich zwar nicht jede Suche vermeiden lassen wird, ist es zweifelsfrei eine gute Hilfe, zumindest die wichtigsten NGOs und ihre URLs zu kennen. Eine gute Überblicksadresse ist www.ngo.at; die Seite, die derzeit noch im Aufbau begriffen ist, hat es sich aber zum Ziel gesetzt, möglichst alle österreichischen NGOs aufzulisten und zu verlinken. Derartige Projekte werden in Zukunft zur Stärkung der Zivilgesellschaft sicherlich immer wichtiger werden.³¹

Möglichkeiten für eine demokratische Beteiligung der Bürger in Europa sowie für ein Mehr an Transparenz innerhalb der politischen Institutionen und Prozesse.“

²⁸ Selbstdefinition von dol2day: „dol2day ist mit über 10.000 Mitglieder die größte Politik-Community in Deutschland. Alle vier Monate wird bei dol2day eine Internet-Wahl durchgeführt, bei der die virtuellen Parteien gegeneinander antreten und einen Internet-Kanzler wählen. Wer sich aktiv beteiligt kann schnell bekannt werden und seine Ansichten vor einem breiten Publikum verkünden.“

²⁹ Selbstdefinition von bundesrepublik.org: „bundesrepublik.org ist eine private, kostenlose Dienstleistung von Bürgern für Bürger. bundesrepublik.org bietet erstmals auf einer Seite eine Übersicht über alle wichtigen staatlichen & privaten Institutionen im Land. Städte, Gerichte, Unis, Finanzämter, aber auch Religion, Abkürzungen und Ferientermine.“

³⁰ „last trusted source for political information“ – Informationen über Kandidaten, Institutionen, Politische Themen...

³¹ Vgl dazu weiterführend auch *Von Korff, Fritz*: Kommunale Bürgernetz im Internet, in *Gellner, Winand/Von Korff, Fritz*: Internet und Demokratie, Baden-Baden 1998, 95-110.

3. Partizipationsfunktion

Nach Erläuterung der grundsätzlich zur Verfügung stehenden Informationsangebote muss die Frage gestellt werden, wie erworbenes Wissen im Internet unmittelbar angewandt werden kann und ob dem Netz über seine Informationsfunktion hinaus auch eine Bedeutung als Partizipationsmedium zukommt. Vorangeschickt sei, dass Information und Partizipation sich im Netz nicht immer klar von einander trennen lassen. Bereits im vorigen Abschnitt wurde deutlich, dass man sich auf zahlreichen Seiten durchaus nicht nur informieren, sondern auch seine eigene Meinung kundtun, also partizipieren, kann. Um die Abgrenzung zu erleichtern, wird im Folgenden der Begriff der Partizipation auf demokratiepolitisch unmittelbar relevante Akte eingeschränkt, nämlich vor allem Wahlen und daneben organisierte (nicht individuelle) Meinungsäußerungen wie Bürgerinitiativen, Interessenskundgebungen oder Demonstrationen.

Vor allem im zweiten Bereich lässt sich ein großes demokratiepolitisches Potential erkennen, denn grundsätzlich steht es jedem offen, seine politischen Anliegen im Internet publik zu machen und sich gemeinsam mit Gleichgesinnten zu organisieren. Dieser Ansatz birgt zugleich aber auch beträchtliche Risiken in sich, denn wenn sich jeder organisieren kann, so heißt das automatisch, das auch potentiell demokratiegefährdende Gruppen, wie etwa faschistische oder anarchistische Verbindungen, hier eine Kommunikationsplattform finden. Wie sieht die Realität zwischen diesen beiden Extremen – Bürgerkommunikation und Artikulation von Interessen vs. Verbreitung und Organisation bedenklichen Gedankengutes – aus? Ein Beispiel: Der Ku Klux Klan etwa, der in den USA seine ehemaligen Reichweite nahezu vollständig eingebüßt hatte, konnte durch den Auftritt im Internet zahlreiche neue Mitglieder gewinnen. Brain Bass, führendes Mitglied des Klans in Florida, hat etwa gesagt, dass durch das Internet innerhalb von 2 Wochen nach dem Start der Homepage 6 neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Die Inhalte, die auf den Seiten der einzelnen Untergruppen angeboten werden, sind hochgradig anti-semitisch, xenophobisch und betonen die Überlegenheit der weißen Rasse sowie die Notwendigkeit, diese Vorherrschaft im zivilen und politischen Leben wieder mehr zur Geltung zu bringen. Klanmitglieder verüben nach wie vor terroristische Anschläge, vorzugsweise auf schwarze Kirchen, und auch wenn für derartige Aktivitäten selbstverständlich nicht unmittelbar im Netz geworben wird, kann doch davon ausgegangen werden, dass die neugeworbenen Mitglieder sich in irgendeiner Art damit

identifizieren und manche davon über kurz der lang auch zum Mitmachen zu bewegen sind.³² Ähnliche Beispiele gibt es in geradezu erschreckender Menge, von der Verleugnung des Holocaust bis zu Anleitungen zum Bombenbau findet sich fast alles, und selbst beim an und für sich seriösen Dienstanbieter Yahoo konnten in Frankreich neonazistische Souvenirs online ersteigert werden.³³

Andererseits existieren selbstverständlich auch Gegenbeispiele, die tendenziell positive demokratiepolitische Nutzungsmöglichkeiten neuer Medien illustrieren: So wurden die Streiks an den deutschen Universitäten in den 90igern zu einem großen Teil über das Netz organisiert und koordiniert, und bei der letzten Präsidentschaftswahl in den USA sorgte das Phänomen des *Vote-Swapping* für Furore. Zum ersten Beispiel: Im Wintersemester 1997/98 streikt man an den deutschen Unis – grundsätzlich natürlich mittels herkömmlicher Ausdrucksformen, aber erstmals mit zusätzlicher Nutzung der neuen Medien als integralem Bestandteil der organisierten Willensäußerungen. Diverse Streik-Sites informierten bundesweit über Aktivitäten, ein eigener Streik-Chat ermöglichte den intensiven Gedankenaustausch, Sammel-Mails als Alternative zu Unterschriftenlisten wurden eingesetzt – alles in allem baute man innerhalb kürzester Zeit ein flächendeckendes Streik-Netz auf. Das soll nicht heißen, das der Streik ohne das Internet unmöglich gewesen wäre, sondern nur zeigen, das in hochgradig vernetzten Bereichen wie dem universitären Umfeld zusätzliche Mobilisierungseffekte und eine wesentlich erleichterte Koordination durch die effektive Nutzung des Internet möglich sind.³⁴

Das zweite Beispiel betrifft das Phänomen des *Vote-swapping*, das während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes in den USA beobachtet werden konnte: Neben den klar republikanischen (Bush) Staaten und den klar demokratischen (Gore) Staaten gab es eine ganze Reihe sogenannter *Swing-States*, in denen der Ausgang der Wahl ausgesprochen ungewiss war. Als berühmtes „Zünglein an der Waage“ galt dort der grüner Kandidat Nader,

³² Vgl. ADL: Poisoning the Web: Hatred Online. An ADL Report on Internet Bigotry, Extremism and Violence, USA 1999, 17- 21.

³³ Nachdem auf den Auktionsseiten von Yahoo wiederholt Nazi-Andenken auch in Frankreich, wo das im Gegensatz zu den USA verboten ist, zum Verkauf gelangt waren, entschied ein französisches Gericht auf Antrag zweier NGOs im Jahr 2000, dass Yahoo alle geeigneten Maßnahmen treffen müsse, um derartige Transaktionen in Zukunft zu unterbinden. Unter Berufung auf die Meinungsfreiheit verhinderte Yahoo die Durchsetzung des Urteils in den USA, hat sich aber mittlerweile freiwillig bereit erklärt, alle derartigen Seiten zu entfernen. Vgl. zum Prozess in Frankreich <http://www.juriscom.net/txt/jurisfr/cti/tgiparis20000522-asg.htm>, für weitere Materialien <http://www.juriscom.net/txt/jurisfr/cti/tgiparis20000522-asg.htm>.

³⁴ Vgl. ausführlich zum deutschen Studentenstreik und der Bedeutung des Netzes dabei Bieber, Christoph/Hebecker, Eike: Internet und soziale Bewegungen. Der Studentenstreik als Fallbeispiel, in Gellner, Winand/Von Korff, Fritz (Hrsg): Internet und Demokratie, Baden-Baden 1998, 171-178.

weil er für viele tendenziell linke - also Gore-Wähler - eine echte Alternative war und damit im Prinzip einen Stimmenverlust für Gore bedeutete. Um den unerwünschten Effekt der Verteilung linker Stimmen und des damit verbundenen Vorteils für Bush zu vermeiden, startete man Initiativen, die den Stimmentausch über das Netz möglich machten. Ein potentieller Nader-Wähler aus einem *Swing-State* konnte dort anbieten, für Gore zu stimmen, wenn dafür ein potentieller Gore-Wähler aus einem klar republikanischen Staat (wo Gore ohnehin keinesfalls gewinnen konnte) für Nader stimmte. Auf diesem Weg erhielt Gore in den Staaten, wo es darauf ankam, mehr Stimmen, während die Zahl der Nader-Stimmen sich insgesamt nicht verringerte, sondern nur auf andere Staaten verlagerte. Alles in allem wurden auf diesem Weg bundesweit ca. 16.000 Stimmen getauscht, was zwar in Relation zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten wenig, in Relation zu den 527 Stimmen aus Florida, die letztendlich wahlentscheidend waren, jedoch viel erscheint. Die demokratiepolitische Beurteilung dieser Initiative ist schwierig; in einigen Staaten hat man Tausch-Websites sogar verboten. Jedenfalls erkennt man hier recht eindrucksvoll das Potential des Netzes zur Organisation von Bürgern.³⁵

In diesem weiten Feld der neuen Chancen und Risiken liegt letztendlich die große neue Herausforderung der politischen Bildung: Niemand kann vor politisch bedenklichen Webinhalten geschützt werden, da eine vollständige Kontrolle des Netzes außerhalb der technischen und juristischen Möglichkeiten der Nationalstaaten liegt und eigentlich auch überhaupt nicht wünschenswert ist. Wer aber über ein gewisses Demokratieverständnis verfügt, der wird sich gegen derartige Inhalte eher wehren können und nicht alles, was man ihm einzureden versucht, einfach glauben. Natürlich ist das an sich nichts Neues, nur ist die Bedeutung durch die Unbegrenztheit des Internet entschieden gestiegen.

Kernelement und wichtigste Ausdrucksform politischer Partizipation sind die Wahlen. Bislang im Internet nur sehr vereinzelt und meist auf sehr spezifische Bereiche beschränkt anzutreffen, könnten Online-Wahlen in Zukunft durchaus an Bedeutung gewinnen. Bevor die Chancen und Risiken, die das mit sich bringen würde, im einzelnen näher untersucht werden, sollen auch hier zwei – recht gegensätzliche - Fallbeispiele näher betrachtet werden: Erstens die Jugendgemeinderatswahlen in Fellbach, einer Gemeinde in Deutschland, die im Juni 2001

³⁵ Vgl. *Bieber, Christoph*: Ein Hauch von Napster – „Vote-Swapping“ im US-amerikanischen Präsidentenwahlkampf 2000, in *Meier-Walser, Reinhard C./Harth, Thilo (Hrsg)*: Politikwelt Internet: Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München 2001, 198-222.

als erste deutsche Wahlen bundesweit zur Gänze online durchgeführt wurden, und zweitens die At-large Wahlen zum ICANN-Direktorium im Oktober 2000.

Fellbach ist eine 40.000-Einwohnergemeinde in der Nähe von Stuttgart, die seit 1998 über einen eigenen Jugendgemeinderat verfügt. Als 2001 Neuwahlen anstanden, wurde beschlossen, diese online durchzuführen – und zwar ausschließlich, das heißt ohne jede Möglichkeit der herkömmlichen Stimmabgabe. Auf die dafür nötigen technischen Komponenten – schwierig sind vor allem auch einige datenschutzrechtliche Aspekte – soll hier nicht näher eingegangen werden; uns interessiert vor allem das Resümee.³⁶ In den sechs Tagen (17-22. Juni 2001), in denen die virtuellen Wahllokale – Computer standen in allen Schulen und in anderen öffentlichen Räumen, wie Bibliotheken, Rathaus etc. zur Verfügung - geöffnet waren, gaben insgesamt 444 der 1633 wahlberechtigten Jugendlichen ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 27,19% entspricht. Im Vergleich zu den ersten Wahlen etwas mehr als zwei Jahre davor, bei denen die Wahlbeteiligung bei knapp 40% lag, bedeutete diese Ergebnisse einen Rückgang von ca. 12%, was man alles in allem als recht enttäuschend bezeichnen kann. Es ist allerdings schwierig festzustellen, ob das ausschließlich am neuen Wahlmedium lag; zu berücksichtigen sind wohl jedenfalls auch andere Faktoren, wie die generelle Zufriedenheit mit der Arbeit des Jugendgemeinderates, Öffentlichkeitswirksamkeit des vorangegangenen Wahlkampfes und Attraktivität der Kandidaten.

Zwei Jugendgemeinderäte; Juliane Schumacher und Philipp Löffler, haben sich als unmittelbar Beteiligte bereits im Vorfeld der Wahl kritisch mit der Idee auseinandergesetzt; sie werfen der Stadtverwaltung vor, das Projekt sei eher der Imagepflege als innovative und dynamische Gemeinde als anderen Gründen entsprungen.³⁷ Das nicht gerade überzeugende Ergebnis wird von der Stadtverwaltung selbst durch mehrere Faktoren erklärt: Problematisch sei zum ersten der relativ lange Wahlzeitraum von sechs Tagen gewesen, da dadurch die Stimmabgabe hinausgezögert worden und dann gar nicht erfolgt sei, weiters sei die Einblendung der aktuellen Wahlbeteiligung auf der Homepage möglicherweise ein Fehler gewesen, da der niedrige Stand eine negative Signalwirkung gehabt hätte. Außerdem sei auch

³⁶ Vgl dazu http://www.fellbach.de/kommunalpolitik/jugendgemeinderat/Dokumentation_JGROnlinewahl.PDF, S. 18ff.

³⁷ Vgl Schumacher, Juliane/Löffler, Philip: E-vote konkret. Erfahrungen mit Wahlen im Internet in Fellbach, in *Forum Medienethik: E-Demokratie = Ende der Demokratie?* München 2001, 65-70.

bei anderen, normal durchgeführten Jugendgemeinderatswahlen zu niedrigeren Beteiligungen gekommen.³⁸

Letztendlich lässt sich wahrscheinlich nicht restlos klären, welche Gründe tatsächlich ausschlaggebend waren; festgehalten werden kann aber, dass selbst die Zielgruppe, die für Online-Wahlen aufgrund ihrer durchwegs guten Anwenderkenntnisse als geradezu prädestiniert für diese Verfahren gilt, nicht in der erhofften Form erreicht werden konnte. Dennoch sei ausdrücklich vor voreiligen Rückschlüssen auf Online-Wahlen im allgemeinen gewarnt: Nach den *Primaries* der Demokratischen Partei – den Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen – in Arizona im Jahr 2000, die ebenfalls online durchgeführt wurden, freute man sich über die gewaltig gestiegene Wahlbeteiligung und schob sie vorerst auf das neue Wahlmedium – bis sich herausstellte, dass es schlicht und ergreifend am Kandidaten und lag und das gleiche Ergebnis auch sonst erzielt worden wäre.³⁹

Das zweite Beispiel betrifft die Wahlen für das ICANN-Direktorium im Oktober 2000. Die ICANN (*Internet Corporation for Assigned Names and Numbers*) verwaltet das Internet Domain Name System, mit dessen Hilfe jeder IP-Adresse ein Name zugewiesen wird. IP-Adressen selbst sind mehrstellige Zahlenkombinationen, die als Webadresse einen geringen Wiedererkennungswert haben, die Zuordnung von Namen ist schon allein deshalb (wirtschaftlich) bedeutsam. Darüber hinaus ist die ICANN für die Koordination der Festsetzung der technischen Parameter und Protokolle des Internet zuständig, um damit die universelle Vernetzung des Internet zu erhalten, und überwacht den Betrieb des autoritativen Root Server Systems. Schließlich obliegen ICANN alle rechtlichen und sonstigen Aktivitäten, die mit diesen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Damit ist sie eine wesentliche Koordinations- und Kontrollinstanz der Architektur des Internets. Aufgrund ihres daraus resultierenden großen Einflusses beschloss man, zumindest einen Teil ihres Direktoriums⁴⁰ von der internationalen Usergemeinde wählen zu lassen. Pro geographischer Region – Europa, Asien, Afrika, Nord- und Südamerika sollte ein Direktor direkt von den Internetnutzern bestimmt werden. Diese Wahlen haben allerdings in der Praxis eine ganze Reihe sowohl technischer als auch inhaltlicher Probleme aufgeworfen, die zu einer generell

³⁸ Vgl dazu http://www.fellbach.de/kommunalpolitik/jugendgemeinderat/Dokumentation_JGROnlinewahl.PDF, S. 18.

³⁹ Vgl dazu etwa <http://www.stats.org/asides/evote.htm>.

⁴⁰ Das Direktorium hat insgesamt 19 Direktoren, von denen 9 durch die supporting organizations (domain name support, adress support, protocol support) bestellt werden, die restlichen 9 durch at-large Wahlen; derzeit ist das allerdings erst für 5 verwirklicht.

recht negativen Beurteilung des Experiments geführt haben. Neben technischer Probleme – aufgrund des großen Interesses waren die Server völlig überlastet, weshalb viele Stimmen gar nicht abgegeben werden konnte, man munkelte sogar über Manipulationen (was in der Form aber nie bewiesen wurde, sondern schlicht der mangelnden Transparenz zugeschrieben werden kann) – war auch die demokratiepolitische Komponente nicht restlos unbedenklich: So warben manche Kandidaten ganz offen mit Erfahrungen als Lobbyisten oder Regierungsbeamte. Zumindest in Europa entschieden sich die User jedoch für einen unabhängigen und ausgesprochen ICANN-kritischen Kandidaten, Andy Müller-Maguhn, was durchaus als Zeichen für die Mündigkeit der Usergemeinde zumindest in Europa gewertet werden kann.⁴¹ Im Zuge der gegenwärtigen Umstrukturierungs- und Reformprozesse innerhalb der ICANN sieht es so aus, als ob das System der At-large Wahlen, die, wenngleich problematisch, doch immerhin ein Mindestmaß an direkter Mitbestimmung ermöglichen, durch ein At-large Advisory Committee zur Vertretung der Userinteressen ersetzt werden sollen.⁴²

Beide erläuterten Beispiele zeigen recht deutlich, dass die Idee der Wahlen über das Internet noch in den Kinderschuhen steckt und bei weitem noch keine Alternative zu herkömmlichen Wahlen darstellen kann; als besondere Schwachstellen sind, von den nicht restlosgeklärten Sicherheitsfragen einmal abgesehen, die große Gefahr der Ausgrenzung einzelner Gruppen– auf nationaler Ebene vor allem all jene, die nicht über die nötigen Anwenderkenntnisse und ausreichend Technikvertrauen verfügen, weltweit mit Afrika mehr oder weniger ein ganzer Kontinent – und die mangelnde Transparenz zu nennen. Solange diesen Problemen nicht beigegeben werden kann, ist das Internet zwar eine praktische Alternative zur Briefwahl, mehr kann und darf es aber bis auf weiters nicht werden.

4. Servicefunktion

Nach der Erläuterung der beiden demokratischen Kernfunktionen im Internet, Information und Partizipation, soll abschließend noch die Servicefunktion behandelt werden, da das Internet dem Staat die Möglichkeit eröffnet, mehr Bürgernähe zu demonstrieren. Dementsprechend ist „E-government“ in letzter Zeit zum häufig gebrauchten Schlagwort

⁴¹ Vgl dazu übersichtlich und gut verständlich *Berhörster, Guido*: Eine kritische Betrachtung der At-large Wahlen 2000, unter <http://www.guido-berhoerster.org/texte/at-large/inhalt.html>.

⁴² Vgl <http://www.icann.org/committees/alac/>.

geworden – und Österreich hat in dieser Hinsicht einiges zu bieten. So gibt es eine eigene Stabsstelle für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT),⁴³ die im Rahmen der Task Force eAustria für die Umsetzung der E-governmnet-Maßnahmen zuständig ist.

Hauptprojekt der Initiative ist die Entwicklung der sogenannten „österreichischen Bürgerkarte“, deren erster Teilbereich derzeit mit der Sozialversicherungschipkarte (besser bekannt als *eCard*) in Umsetzung begriffen ist. Mittels solcher Karten, die auch in anderen Bereichen immer mehr die bisher gängigen Ausweise ersetzen werden, soll bis 2003 ein elektronischer Zugang zu den wichtigsten Diensten geschaffen werden, bis 2004 sollen zumindest bestimmte Amtswege, wie etwa jene für die Ausstellung eines Führerscheines oder Reisepasses, überflüssig werden, und ab 2005 soll man sich zu gar keiner Behörde mehr persönlich bemühen müssen.⁴⁴ Angesichts der schon bisher aufgetretenen technischen Umsetzungsschwierigkeiten scheinen diese Zeitvorstellungen zwar nicht restlos realistisch, doch die Vernetzung des Bürgers scheint jedenfalls beschlossene Sache. Über Vor- und Nachteile dieser Entwicklung kann man diskutieren, da wiederum gilt: Für Menschen mit gesundem Technikvertrauen ist einiges an Zeitersparnis zu erwarten, andere werden sich hingegen eher an den Rand gedrängt fühlen, und vor allem datenschutzrechtliche Bedenken bereiten zahlreichen Beteiligten Kopfzerbrechen. Obgleich die mitunter kursierenden „Big-Brother-Phantasien“, die darin einen ersten Schritt zum Überwachungsstaat sehen, wohl eher zu verwerfen sind, muss doch angemerkt werden, dass durch die Bündelung personenbezogener Daten auf nur einem Trägermedium ihr Schutz nicht mehr unbedingt in der bisherigen Form gewährleistet ist.

Im Moment noch interessanter ist aber eigentlich eine andere Initiative des Bundes, nämlich der @mtshlefer-online, erreichbar unter der Adresse www.help.gv.at. Diese Site ist dazu gedacht, bei der Vorbereitung und teilweise sogar bei der Erledigung von Amtswegen zu helfen. Im ganzen Bundesgebiet online durchführbar sind derzeit sechs Verfahren: die Gewerbebeanmeldung, die Meldeauskunft, die Hundeanmeldung, die Kommunalsteuererklärung, die Verlustmeldung und die Veranstaltungsanmeldung. Seit Jänner 2002 kann man darüber hinaus in Wien elektronisch Gräber verlängern, an der elektronischen Strafregisterbescheinigung und dem Ansuchen um Studienbeihilfe wird gearbeitet.

⁴³ Angesiedelt ist diese Stabsstelle im Bundesministerium für Leistung und Sport, im Board sitzen aber Mitglieder aus allen Ressorts, vgl <http://www.cio.gv.at/>.

⁴⁴ Vgl http://www.cio.gv.at/news/MRV_eGov.html.

Mit FinanzOnline kann man ab 2003 seine Lohn- und Einkommenssteuererklärung persönlich beim Finanzamt einbringen; derzeit ist der Zugriff auf dieses System noch auf Wirtschaftstreuhänder, Rechtsanwälte und Notare beschränkt.

Schon länger und immer intensiver wird auch der elektronische Rechtsverkehr, der den Parteien und ihren Vertretern die elektronische Übermittlung ihrer Eingaben ermöglicht. Welche Bedeutung diese Möglichkeit der Bürger-Staat-Kommunikation mittlerweile erreicht hat, sei mit einigen Zahlen belegt: Mit Stichtag 15.11.2001 überschritt die Zahl der insgesamt seit Bestehen des System auf diesem Weg übermittelten Schriftsätze die 10 Millionengrenze; die Europäische Kommission verlieh dem System das eGovernment-Label.⁴⁵

Auf andere, stark bereichsspezifische Lösungen wie etwa das RinderNet, mit dessen Hilfe seit der BSE-Krise der gesamte Rinderbestand erfasst wird, oder das Landwirtschaftsauskunftssystem sei hier nicht näher eingegangen. Abschließend kann festgehalten werden, dass ein politisch mündiger Bürger auch wissen muss, wie er mit Behörden effizient umgeht, und da das E-government für uns alle in Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird, scheint eine Vermittlung der Grundlagen schon in der Schule durchaus angebracht.

5. Conclusio

Abschließend bleibt zu sagen, dass neue Chancen nur genutzt und neue Risiken nur vermieden werden können, wenn man das Potential des Internet nicht nur als Unterhaltungs-, sondern als auch Informations-, Partizipations- und Servicemedium auszuschöpfen lernt. Das erfordert neue Kompetenzen, deren Vermittlung eine immer wesentlichere zukünftige Aufgabe der politischen Bildung sein wird. Wichtig ist dabei vor allem, die Situation realistisch einzuschätzen und weder vom Ende der Demokratie noch von der E-gora auszugehen, weil beides letztendlich kein wahrscheinliches Zukunftsszenario ist. Das Internet ist mehr als ein besserer Fernseher, es kann nicht nur vielseitiger informieren, sondern eröffnet – wenn auch in eingeschränkterem Maße als mitunter propagiert – neue Chancen der Bürgerbeteiligung ebenso wie den Zugang zu weiten Bereichen staatlicher Dienstleistungen.

⁴⁵ Vgl. http://www.cio.gv.at/news/MRV_eGov.html.